

### 3 RÉSUMÉ NON TECHNIQUE DU CAHIER D'ÉTUDE „DIE AUSWIRKUNGEN DER WIRTSCHAFTS- UND FINANZMARKTKRISE AUF LUXEMBURGISCHE UNTERNEHMEN : ERGEBNISSE EINER ERHEBUNG“<sup>9</sup>

Zahlreiche Arbeiten auf dem Gebiet der theoretischen und empirischen Wirtschaftsforschung belegen die große Bedeutung der Lohn- und Preisbildung für den Inflationsprozess. Die luxemburgische Zentralbank (BCL) hat aus diesem Grund zur Jahresmitte 2008 eine Erhebung zur Lohn- und Preisbildung bei in Luxemburg ansässigen Firmen durchgeführt. Im Rahmen dieser Erhebung wurden Firmen auch nach den grundsätzlichen Maßnahmen zur Anpassung an negative Angebots- und Nachfrageschocks befragt. Um die spezifischen Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und die tatsächliche Reaktion der luxemburgischen Unternehmen am konkreten Beispiel dieser Krise zu untersuchen, hat die BCL zur Jahresmitte 2009 eine kurze Anschlussenerhebung durchgeführt .

Die Antworten der mehr als 400 an beiden Erhebungen teilnehmenden Unternehmen zeigen, dass die aktuelle Wirtschafts- und Finanzmarktkrise für ungefähr 75% der Firmen negative Auswirkungen auf den Umsatz hat.<sup>10</sup> Besonders betroffen sind Firmen in den Bereichen Industrie und Finanzdienstleistungen, wo der Anteil der negativ betroffenen Unternehmen bei mehr als 85% liegt. Im Gegensatz dazu gaben fast 40% der Firmen des Baugewerbes an, sie seien gar nicht betroffen. Der größte Teil der negativ betroffenen Firmen schätzte die Auswirkungen der Krise mit moderat oder stark ein. Betroffene Firmen im Bereich Industrie sowie Sonstige Dienstleistungen schätzten die Auswirkungen der aktuellen Krise deutlich stärker ein als Firmen anderer Sektoren.

Aus theoretischer Sicht stellt die aktuelle Wirtschafts- und Finanzmarktkrise für die Unternehmen in erster Linie einen großen negativen Nachfrageschock dar. Mehr als 80% der befragten Firmen bestätigen einen zumindest moderaten Einbruch der Nachfrage nach ihren Produkten und Dienstleistungen. Zwei von drei Firmen zum Beispiel berichten von moderaten oder großen Zahlungsschwierigkeiten ihrer Kunden. Ungefähr vier von zehn Firmen gaben an, Schwierigkeiten bei der Finanzierung zu haben. Im Gegensatz dazu gaben vier von fünf Firmen an, gar nicht oder nur marginal von Lieferschwierigkeiten betroffen zu sein.

Ein starker Rückgang der Nachfrage erfordert gezielte Anpassungsmaßnahmen bei den betroffenen Unternehmen. Hierzu zählen zum Beispiel i) Preissenkungen, ii) eine Verringerung der Gewinnmarge, iii) eine Verringerung der Produktion, der Aktivität oder des Angebotes und/oder iv) Maßnahmen zur Kostensenkung. Neun von zehn Firmen gaben an, Kostensenkungen seien wichtig oder sehr wichtig, um auf einen Nachfrageeinbruch zu reagieren. Damit ist sie die weitaus wichtigste Anpassungsmaßnahme. Zudem geht die Bedeutung der Kostensenkungen einher mit der Stärke des Nachfrageeinbruchs; Firmen, die einen starken Nachfragerückgang verzeichnen, legen mehr Wert auf Kostensenkung. Maßnahmen der Preissenkung, Senkung der Gewinnmargen oder Reduktion der Produktion sind dagegen im Vergleich zur Kostensenkung weniger wichtig. Der Anteil der Firmen, die diese Maßnahmen als wichtig oder sehr wichtig einstufen, liegt zwischen 25% und 33%. Diesen drei zuletzt genannten Maßnahmen wird zudem weniger Bedeutung beigemessen als in der ursprünglichen Erhebung im Jahr 2008, als Fragen zu den Anpassungsmaßnahmen in Folge eines Nachfrageeinbruchs eher hypothetischer Natur waren. Nur die Bedeutung der Kostensenkung wird in der Befragung von 2008 und von 2009 ähnlich hoch angesehen.

<sup>9</sup> Von Patrick Lünemann und Thomas Mathä.

<sup>10</sup> Alle Firmenangaben wurden entsprechend der Zahl der Beschäftigten in der Grundgesamtheit gewichtet. Die genannten Resultate sind damit repräsentativ für die Struktur der Beschäftigten der Gesamtheit der Firmen.



Grundsätzlich haben Firmen die Möglichkeit, sowohl arbeitsbezogene Kosten als auch nichtarbeitsbezogene Kosten zu senken. Mit fast 90 % ist die Verringerung der nichtarbeitsbezogenen Kosten die bei weitem wichtigste Maßnahme. Bei den Maßnahmen zur Verringerung der arbeitsbezogenen Kosten scheuen die Firmen davor, ihre Stammebelegschaft zu verringern und besonders davor, das Grundgehalt zu kürzen. 30 % der Firmen gaben an, die Reduktion der Stammebelegschaft sei wichtig oder sehr wichtig, während weniger als 5 % angaben, die Kürzung des Grundgehalts sei wichtig oder sehr wichtig. Im Gegensatz dazu fällt es Firmen leichter, befristete Arbeitsverträge nicht zu verlängern, variable Lohn- und Gehaltsbestandteile abzubauen oder Arbeitszeitanpassungen vorzunehmen. Diese Maßnahmen werden von ungefähr 60 % der Firmen als wichtig oder sehr wichtig erachtet. Arbeitszeitanpassungen werden vorwiegend über den Abbau von Überstunden vorgenommen (mehr als neun von zehn Firmen erachten diese Maßnahme als wichtig oder sehr wichtig), während die Einführung von Kurzarbeit nur von ungefähr 10 Prozent der Firmen als wichtig oder sehr wichtig angesehen wird. Für ungefähr die Hälfte der Firmen sind andere Maßnahmen, wie zum Beispiel die Einführung von flexiblen (Lebens-)arbeitszeitkonten von Bedeutung.

Trotz der jetzigen Wirtschaftskrise sehen Firmen im Allgemeinen davon ab, das Grundgehalt zu kürzen. Ein Großteil der Firmen versucht jedoch, das Grundgehalt zumindest einzufrieren (abgesehen von Gehaltsänderungen, die durch automatische Lohn-Indexierung ausgelöst werden). Ungefähr die Hälfte der Firmen gab an, dies sei bereits geschehen oder noch geplant. Die wichtigsten Gründe, warum selbst in der jetzigen Wirtschaftskrise von der Senkung des Grundgehalts abgesehen wird, sind vor allem bestehende Arbeitsmarktbestimmungen/ Tariflohnverträge, sowie die Befürchtung einer schlechten Stimmung und eines geringeren Arbeitseinsatzes der Belegschaft. Ein weiterer wichtiger Grund ist die Befürchtung, die besten Arbeitskräfte könnten das Unternehmen verlassen. Jeder dieser Gründe wird von mehr als sieben von zehn Firmen als wichtig oder sehr wichtig erachtet, um von Senkungen des Grundgehalts abzusehen.

Befragt nach der Inanspruchnahme staatlicher Maßnahmen, um einen Stellenabbau oder Gehaltskürzungen zu vermeiden, gab die überwältigende Mehrheit der Firmen an, staatliche Maßnahmen nicht in Anspruch zu nehmen oder nehmen zu wollen.